

Antrag K-02
UB Remscheid

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in Fassung der Antragskommission

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Zeit drängt - Kommunale Altschuldenregelung jetzt!

1 Die Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen auf
 2 Ebene des Landes und Bundes werden aufgefordert,
 3 die durch den Bundesparteitag beschlossene Forde-
 4 rung nach einer kommunalen Altschuldenregelung zü-
 5 gig umzusetzen und einzufordern. Das Zeitfenster für
 6 eine finanzierbare und angemessene Regelung durch
 7 Bund und Länder schließt sich infolge der wirtschaft-
 8 lichen Entwicklung. In NRW sollte – wie bereits in
 9 Rheinland-Pfalz geschehen – ein breites Bündnis der de-
 10 mokratischen Parteien im Landtag diesen Prozess be-
 11 schleunigen. Die NRWSPD sollte hierzu die Initiative er-
 12 greifen und ein entsprechendes Angebot zur Unterstüt-
 13 zung und Mitgestaltung an die Regierungsfractionen
 14 von CDU und Bündnis'90/DIE GRÜNEN richten. In glei-
 15 cher Weise sollte die Bundesregierung diese Beteiligung
 16 seitens der CDU im Bund einfordern und ermöglichen.
 17

18 **Begründung**

19
 20 Der Stärkungspakt Stadtfinanzen hat in NRW gewirkt.
 21 Er wurde von einer breiten Mehrheit im nordrhein-
 22 westfälischen Landtag ermöglicht und beweist, dass es
 23 wichtig ist in zentralen Zukunftsfragen einen Konsens
 24 unter den demokratischen Parteien zu suchen und zu
 25 ermöglichen. Leider hat es seit 2017 keine Bewegung
 26 mehr in der Frage der Unterstützung der Kommunal-
 27 finanzen durch die Landesregierung gegeben. Die zu-
 28 gesagte Landesregelung für eine Altschuldenhilfe wur-
 29 de nicht vorgelegt. Die Ankündigung von Bundeskanz-
 30 ler Olaf Scholz, eine Regelung auch mit Hilfe des Bundes
 31 zu ermöglichen, hat Bewegung in die Debatte gebracht.
 32 Es ist nun an der Zeit zu handeln. Der Ankündigung der
 33 neuen Landesregierung müssen schnell Taten folgen, da
 34 ansonsten wertvolle Zeit verloren geht. Weiteres Zuwar-
 35 ten verteuert eine Lösung der Altschuldenfrage unnö-
 36 tig. Deshalb ist es notwendig nun alle demokratischen
 37 Parteien im Landtag und im Bundestag aufzufordern, an
 38 einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten und diese zü-
 39 gig umzusetzen. Das kann gelingen, indem die NRW-
 40 SPD als Oppositionspartei der Landesregierung ihre kon-
 41 struktive Mitarbeit in dieser Frage anbietet. Dies kann
 42 weiter dadurch gelingen, dass die Bundesregierung die
 43 demokratischen Oppositionsparteien im Bundestag in
 44 die Pflicht nimmt, die kommunale Altschuldenregelung
 45 frei von taktischen Erwägungen oder parteipolitischen
 46 Kalkül zu ermöglichen. Die Kommunen haben Hilfe ver-
 47 dient. Ohne eine Entlastung und eine auskömmliche Fi-

Ersetze ab Zeile 8:

Die SPD Nordrhein-Westfalen hat hierzu die Initiative ergriffen und ihre Bereitschaft zur Unterstützung und Mitgestaltung der Landesregierung gegenüber erklärt. In gleicher Weise sollte die Bundesregierung die Unterstützung seitens der CDU im Bund einfordern.

Füge ein in Zeile 16:

Wesentliche Eckpunkte sind:

- Sie muss von Bund, Land und Kommunen gemeinschaftlich finanziert werden;
- Sie muss nachhaltig wirken; dafür ist es erforderlich, eine erneute Verschuldung zu vermeiden, indem eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sichergestellt wird;
- Sie muss die Investitionsfähigkeit der Kommunen stützen und ausbauen.

48 nanzierung wird es ihnen nicht möglich sein, die Heraus-
49 forderungen der gegenwärtigen Krisen zu bewerkstelli-
50 gen und die erforderlichen Investitionen in die Zukunft
51 kommunaler Infrastruktur zu leisten. Die gesellschaftli-
52 che und wirtschaftliche Zukunftsperspektiven entschei-
53 det sich in den Kommunen. Dafür muss die kommunale
54 Selbstverwaltung wieder gestärkt werden.